

# Illustrierte Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Schweiz : schweizerische illustrierte Zeitschrift**

Band (Jahr): **25 (1921)**

PDF erstellt am: **20.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

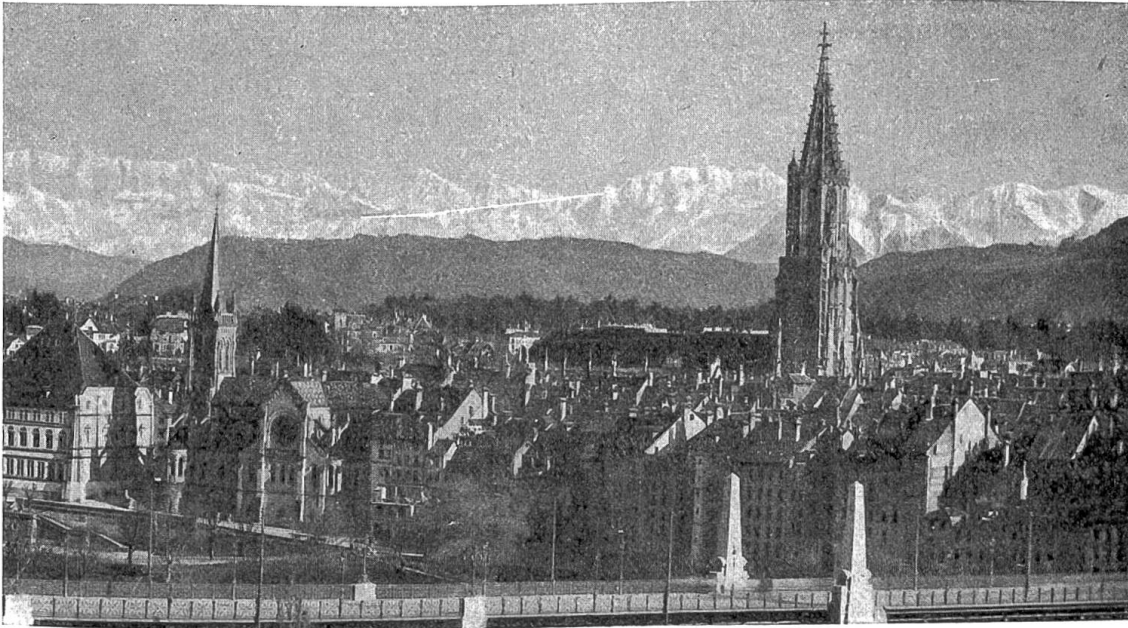
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Illustrierte Rundschau



Panorama von Bern mit dem Vincenzenmünster (rechts).  
(S. Text Seite 168 Zum 500-jährigen Jubiläum des Münsters, 11. März 1921.)

## Politische Uebersicht.

Zürich, 8. März 1921.

Die Londonerkonferenz des Obersten Rates der Alliierten hat am 21. Februar begonnen, und so wichtig die andern von den Staatsmännern behandelten Probleme auch sein mögen, das Allerwichtigste ist die Frage der Wiedergutmachungen, zu denen dem deutschen Außenminister Dr. v. Simons am 1. März das Wort erteilt wurde. Er brachte einen Gegenorschlag gegen die Pariser Beschlüsse vor, der scheinbar stark von diesem abweicht und von der Voraussetzung ausgeht, daß der Gegenwartswert der 226 in zweiundvierzig Annuitäten zu bezahlenden Milliarden Goldmark mit den zugeständenen 8% Diskonto die Summe von wenig mehr als 50 Milliarden Goldmark ausmache. Einen Teil dieses Betrages wünschte Deutschland bis 1. Mai 1921 zu bezahlen. Somit stellt Deutschland einen Zahlungsplan auf, nach dem es rund 50 Milliarden Goldmark schuldet. Von diesen gingen die von Deutschland bereits ausgeführten Leistungen im

Betrage von rund 20 Milliarden ab, und es verblieben als noch zu leistende Gesamtzahlung 30 Milliarden Mark. Zur Prüfung der Gesamthöhe der bereits ausgeführten Lieferungen regt der Zahlungsplan eine gemischte Sachverständigenkommission an. — Um die noch geschuldete Summe flüssig zu machen, soll zu einem internationalen Anleihen gegriffen werden. Da jedoch nicht die ganze Summe aufgenommen werden kann, soll vorerst nur die Aufnahme einer Teilsumme, z. B. acht Milliarden Goldmark, verwirklicht werden. Diese Anleihe würde auf allen internationalen Märkten zur Zeichnung aufgelegt und in allen Emissionsländern volle Steuerfreiheit genießen. Der Emissionsfuß würde so niedrig als möglich gehalten, die Amortisation nach Ablauf von drei Jahren 1 bis 1½ Prozent betragen. Außerdem wird Deutschland eine jährliche Entschädigung von einer Milliarde Goldmark in den nächsten fünf Jahren in erster Linie in Waren zahlen. Nach Ablauf der fünf

Jahre würde ein neuer Zahlungsplan beraten werden. Deutschland ist bereit, am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuarbeiten. Der nicht durch Anleihen gedeckte Betrag der Wiedergutmachungssumme wird mit fünf Prozent verzinst. Deutschland lehnt die von den Alliierten vorgeschlagene zwölfprozentige Abgabe auf seine Ausfuhr ab. Diese Vorschläge stützen sich jedoch auf die Voraussetzungen, daß Oberschlesien bei Deutschland verbleibt, der Welthandel von seinen gegenwärtigen Fesseln befreit und die wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung überall wieder hergestellt wird.

Eines muß ja gewiß anerkannt werden: so furchtbar die Zuversicht für die Deutschen sein mag, 42 Jahre lang unter einer drückenden Schuld zu leiden und Zahlungen leisten zu müssen, die schwer auf dem

Wirtschaftsleben lasten, ebenso furchtbar leidet Frankreich unter den Folgen des Krieges und der deutschen Kriegführung. Die Forderungen, die Frankreich an Deutschland stellt, erreichen lange nicht die Summe, die es haben müßte, wenn es den ganzen Schaden ersetzt haben wollte und die ungefähr 400 Milliarden betragen mag. Hierzu aber tritt noch die Gewißheit, daß Deutschland bei seiner bekannten Geschäftstüchtigkeit und Unternehmungslust verhältnismäßig rasch seine Industrie wieder in die Höhe gebracht haben wird; sind doch seine Betriebe völlig unbeschädigt und seine Gebiete nicht durch feindliche Invasion verwüstet worden. So würde Deutschland voraussichtlich bald wirtschaftlich wieder erstarren und die französische Industrie überflügeln, während Frankreich lange zu tun hat, bis nur die

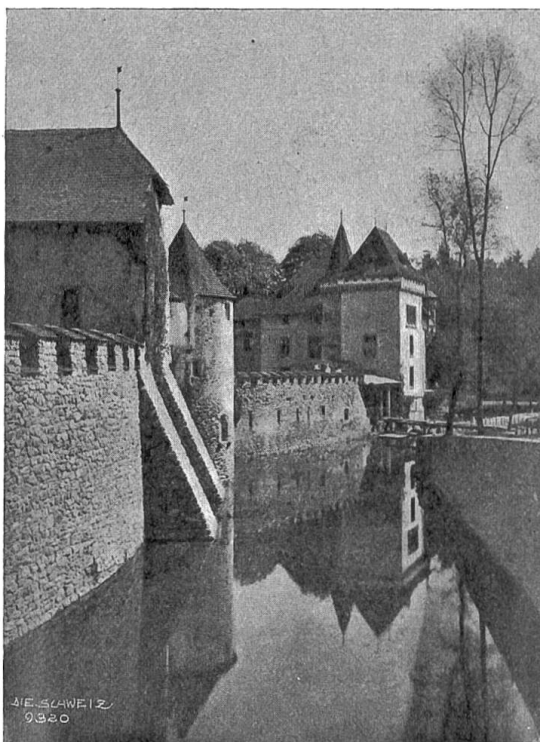
vernichteten Betriebe und Bergwerke wieder instand gesetzt sind. Vor diesem Erstarren Deutschlands aber fürchtet sich Frankreich nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen. Wer die Äußerungen in den deutschen Blättern, die unter den Einfluß eines Stimmes und anderer Schwerindustrieller geraten sind, verfolgt hat, wer weiß, wie in der „Ordnungszelle“ Bayern, wo unter dem Ministerium v. Kahr der Kurs wieder in reaktionäre Bahnen eingelenkt hat, gegen die Zugeständnisse der Reichsregierung in der Entwaffnungsfrage Opposition gemacht

wird, wer ferner von der recht wenig glücklichen Rede Dr. Simons in Stuttgart Notiz genommen hat, wo dieser unter lautem Beifall des Volkes und der Presse die — allerdings erzwungene — Unterschrift von Versailles unter das Eingeständnis der Schuld am Kriege öffentlich desavouiert hat, der muß begreifen, daß man in Frankreich dem Frieden nicht traut und fürchtet, ein erstarcktes deutsches Reich könnte eines Tages die Scharte des verlorenen Weltkrieges

ausweken wollen, und eine Regierung, die zur Ausführung dieses Planes Schritte, hätte die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich.

So ist die Hartnäckigkeit, womit Frankreich auf seinen Forderungen besteht, wenn auch politisch verhängnisvoll, leider nur zu verständlich; die eigene Notlage und das Mißtrauen in die Aufrichtigkeit der Deutschen bestimmen seine Politik, und das Angebot Dr. v. Simons' vom 1. März war keineswegs dazu angetan, dieses Mißtrauen zu zerstreuen.

Dieser Tatsache gab am 3. März die rhetorisch meisterhafte Antwort Lloyd

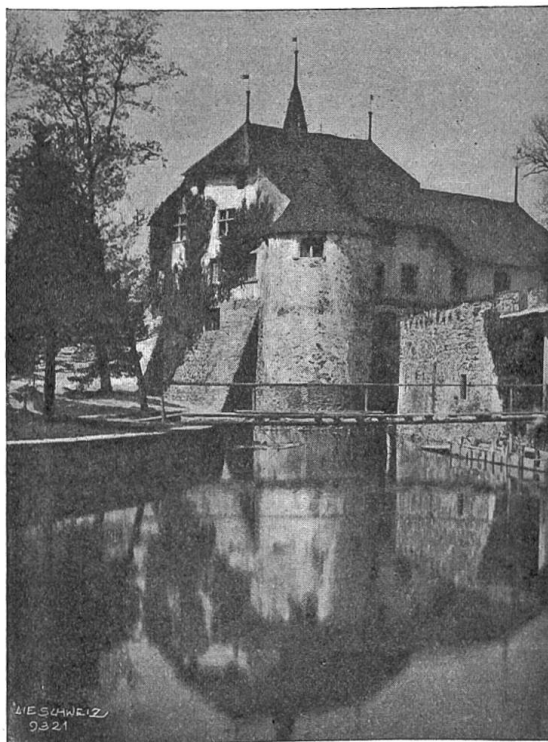


Schloß Hallwyl im Aargau.

Georges, womit er die Anträge Dr. Simons' im Namen der Alliierten ablehnte, unzweideutigen Ausdruck. Die Rede läßt an Schärfe nichts zu wünschen übrig. Der Redner rügte das Verhalten der deutschen Regierung und des deutschen Volkes der Schuldfrage gegenüber; er legt in klaren Sätzen dar, was Deutschland an Wiedergutmachungen zu bezahlen habe, und welche Lasten die Alliierten zu tragen hätten, welche Schäden die deutsche Kriegführung Frankreich, Belgien und England zugefügt, und in welcher schreiendem Mißverhältnis das Angebot Dr. Simons' zu dem stünde, was die Alliierten zu fordern hätten. Dabei habe niemand daran gedacht, von den Besiegten die Bezahlung der ganzen Kriegskosten zu verlangen, welche die Leistungsfähigkeit eines einzelnen Landes überstiege. Auch wäre man geneigt, der Lage Deutschlands Rechnung zu tragen. „Wenn die Deutschen etwa gesagt hätten: 42 Jahre sind eine lange Zeit, und die Abgabe von 12 Prozent auf die Ausfuhr ist nicht die geeignete Methode, uns zur Erfüllung unserer Verpflichtungen zu veranlassen, oder wenn sie erklärt hätten, daß Deutschland zur gegebenen Zeit in der Lage sei zu zahlen, und daß es andere Methoden vorschläge, die besser den augenblicklichen Verhältnissen angepaßt sind, dann hätten wir uns an diesen Tisch gesetzt, um zu einer vernünftigen Vereinbarung zu gelangen.“ Mit diesen Worten umschrieb der englische Premier die Grenzen, innerhalb derer der Oberste Rat auf deutsche Gegenanschläge eingehen könnte. Die von Dr. v. Simons vorgebrachten Anträge aber nannte er

mehrmals beleidigend und herausfordernd, einen Beweis, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllen, sondern ihnen ausweichen wolle. — Sodann stellte er im Namen der Alliierten fest, daß Deutschland die Bestimmungen des Vertrages von Versailles zu wiederholten Malen verletzt habe. Nun hätten die deutschen Gegenanschläge die Geduld der Alliierten erschöpft. Deshalb müsse bis Montag, den 7. März, Deutschland den Staatsmännern der Entente erklären, es sei bereit, die Beschlüsse von Paris auszuführen, oder diskutierbare Vorschläge zu unterbreiten, sonst würden folgende Sanktionen ausgeführt:

1. Die Städte Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf auf dem rechten Rheinufer werden besetzt.
2. Die Alliierten werden von ihren Parlamenten die nötigen Vollmachten verlangen, um ihre Staatsangehörigen zu veranlassen, daß sie ihrer Regierung einen gewissen Betrag von allen Zahlungen abliefern, die sie Deutschland auf Grund von Warenlieferungen schuldig sind. Dieser Betrag wird in den betreffenden Staaten auf Konto der Wiedergutmachungsleistungen zurückbehalten. Diese Bestimmung wird auf Waren in allen alliierten



Schloß Hallwyl im Aargau.

Ein Vermächtnis an die Schweizerische Eidgenossenschaft und an den Kanton Aargau (s. Text S. 180).

ten Ländern angewendet.

3. I. Der Betrag der von den deutschen Zollämtern an den äußersten Grenzen der besetzten Gebiete erhobenen Gebühren soll der Wiedergutmachungskommission abgegeben werden. II. Ein Zollkordon soll provisorisch im Rahmen und in den Grenzen der von den Alliierten besetzten Gebiete errichtet werden. Die an dieser Zollgrenze zu erhebenden Tarife sowohl für die Einfuhr wie für die Ausfuhr werden von der alliierten Oberkommission für die Rheinlande im Einverständnis mit den alliierten Regierungen festgelegt.

Da sich nun Deutschlands Vertreter weigerten, die Pariser Beschlüsse anzunehmen, und ihre Gegenanschläge von



den Staatsmännern der Alliierten als unannehmbar bezeichnet wurden, so sind am 7. März die Verhandlungen abgebrochen worden und hat bereits am Abend der Einmarsch von Ententetruppen in den Rheinstädten begonnen. Dieses katastrophale Ereignis, eine Folge französischen Starrsinns und deutscher Ungeschicklichkeiten, berechtigt zu ernstlichen Sorgen für die nächste Zukunft. Wenn etwas geeignet ist, den Umsturz der bestehenden Ordnung und den Nationalbolshewismus in Deutschland zu fördern, so ist es die von allen guten Geistern verlassene Politik der dem Drucke Frankreichs nachgebenden Staatsmänner der Alliierten.

Außer diesem wichtigen Traktandum erledigte die Konferenz das Orientproblem, indem sie es an eine Kommission verwies, die die Prüfung der Verhältnisse in Ostthrazien und Smyrna an Ort und Stelle vornehmen soll.

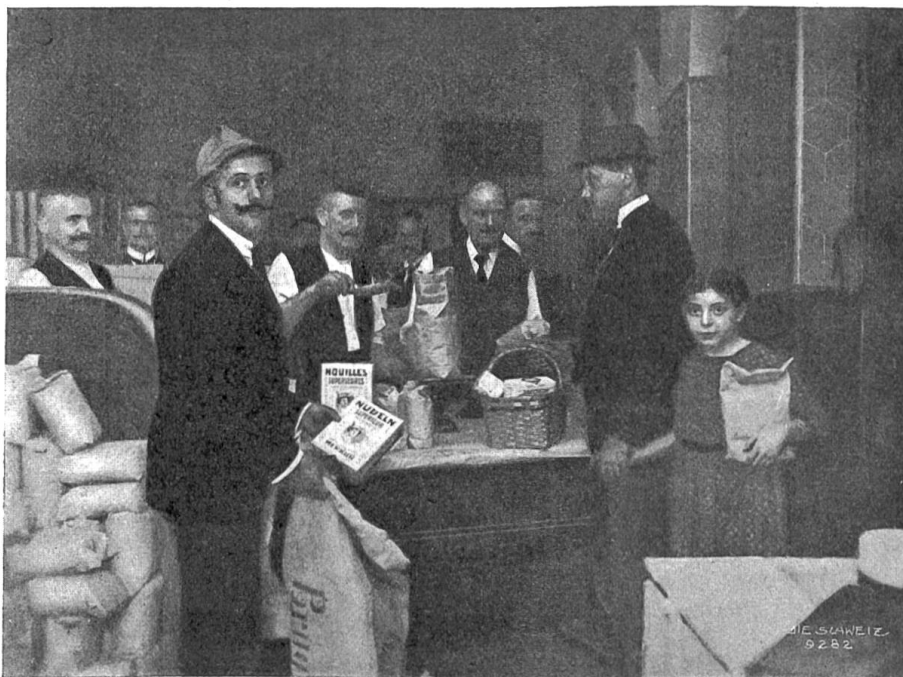
Dafür wurde die oberschlesische Frage gelöst: am 20. März soll die Abstimmung stattfinden, ob die Oberschlesier deutsch oder polnisch sein wollen. Die außerhalb Oberschlesiens wohnenden stimmberechtigten deutschen Oberschlesier sollen nicht, wie zuerst geplant war, gesondert stimmen, sondern mit den Ortsansässigen zusammen, und vier englische Bataillone werden zur Aufrechterhaltung

der Ruhe und Ordnung in das Abstimmungsgebiet entsandt werden.

Sollte Oberschlesien allenfalls auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes seiner Bevölkerung zu Polen kommen, so würde dadurch das Stimmenverhältnis im neugewählten preußischen Landtag noch mehr zuungunsten des Zentrums und der Demokraten verschoben werden, als dies durch die preußischen Wahlen vom 20. Februar bereits geschah. Das Ergebnis war folgendes: Gesamtzahl der Sitze (mit den 22 aus Oberschlesien zusammen): 421. Davon entfallen auf die Mehrheitssozialisten 113, die Demokraten 26, das Zentrum 90, die Deutsche Volkspartei 57, die Deutschnationalen 73, die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes 4, die Unabhängigen 28, und die vereinigten Kommunisten 30. Am auffallendsten ist der Rückgang der demokratischen Partei. Sie besaß in der Konstituante 65 Sitze und heute noch 26. Immerhin hat man den Eindruck, daß vorläufig an eine Wiederherstellung der Monarchie in Preußen nicht gedacht wird.

Am 1. März hat in Amerika der neue Präsident seine Amtstätigkeit aufgenommen. Eine der letzten Handlungen Wilsons war der Rücktritt Amerikas von den Verhandlungen der Alliierten und der Protest gegen die Zuteilung der Insel Yap an Japan. Dieser Protest hat den

in Paris versammelten Völkerbundsrat beschäftigt, und dieser hat bereits auf die Reklamation geantwortet. — Mit Woodrow Wilson tritt eine Persönlichkeit vom Schauplatz der Weltgeschichte ab, die vielleicht später, wenn die Stimme der Leidenschaft schweigt, als eine der bedeutendsten und größten an-



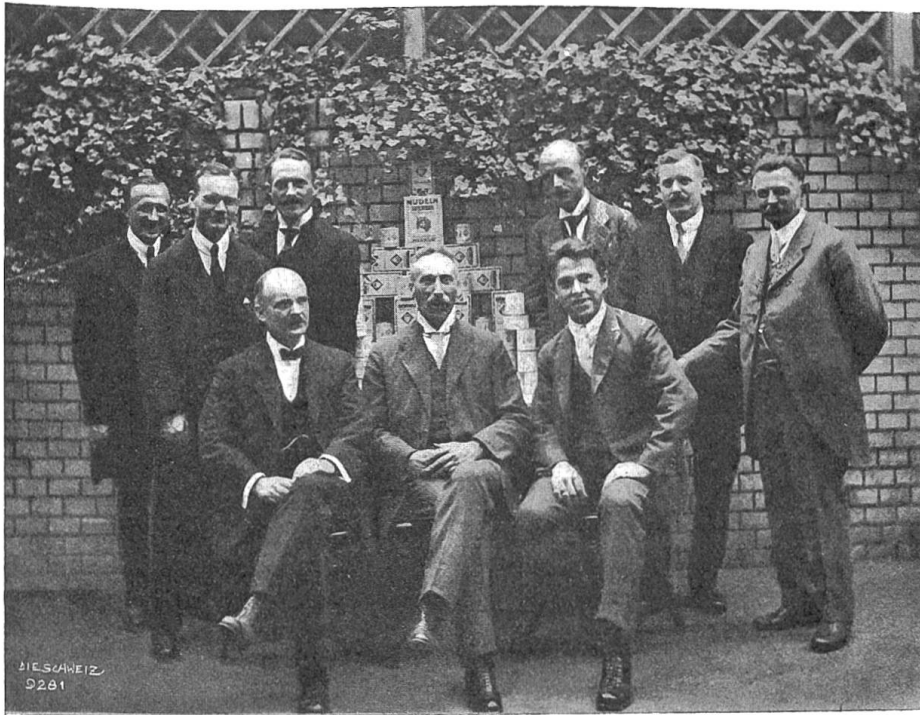
**Lebensmittelverteilung unter die Schweizer in Berlin: Bezugslokal.**

(Die Lebensmittel werden vom Ebg. Fürsorgeamt in Bern zu niederem Kurse geliefert und an die Mitglieder der Schweizerkolonie zu einem Preise abgegeben, der — bei weit besserer Qualität der Ware — 10—30% unter dem Berliner Tagespreise steht. Kolonie-Arme und Arbeitslose usw. erhalten die Lebensmittel kostenlos.)

erkannt wird. Er hat der Idee des Völkerbundes lebendige Gestalt verliehen, und die Sache wird marschieren, wenn auch vorläufig noch nicht alles flappt. Wilsons Nachfolger, Harding, der Hughes zu seinem Außenminister ernannte, hat seine Antrittsrede gehalten, aus der hervorgeht, daß er beabsichtigt, sich in die Vorgänge in Europa nicht einzu-

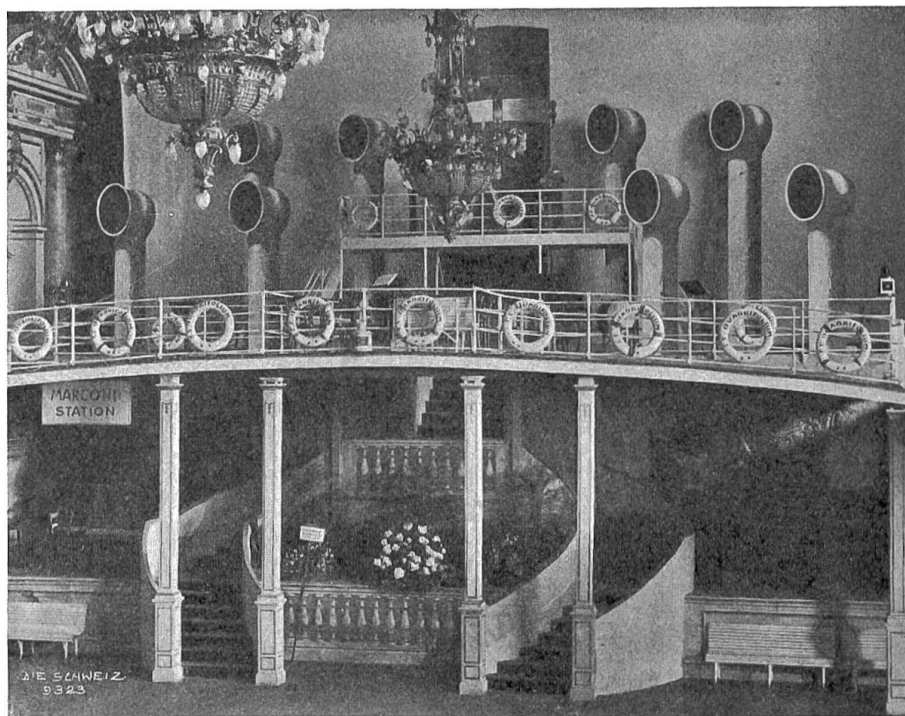
mischen und an der überlieferten Politik Amerikas festzuhalten: keiner ständigen Allianz anzugehören, die seine Beschlüßfreiheit irgendwie beschränke. Er erklärte die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, an Abmachungen und Beratungen über die Abrüstung, über die Verminderung der Kriegsmöglichkeit mitzuwirken. Die von der Londoner Konferenz aufgerollten Probleme berührte seine Botschaft mit keinem Wort. Es wird wohl unter der Aera Harding, der von Wilsons Idealismus kaum angekränkt ist, vorläufig nicht viel geschehen, was für Europa und den Völkerbund verheißungsvoll aussieht. Aber die engen wirtschaftlichen Bande, die Amerika immerhin mit unserm Kontinent und den bisherigen Verbündeten verknüpfen, dürften doch auch auf seine Politik einigen Einfluß haben. Warten wir ab.

Vor dem Völkerbundsrat, der zu Paris tagte, fand nun die Frage des Durchzugs von Völkerbundstruppen durch die Schweiz zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Abstimmungsgebiet von Wilna ihre Erledigung. Die dortige Bevölkerung hätte darüber entscheiden sollen, ob sie zu Li-



Die Lebensmittelverteilung unter die Schweizer in Berlin: Die Leiter der Aktion. (Der engere Ausschuß der Schweizer Kolonie; vorn sitzend v. links nach rechts: Jean Stauffer, Minister von Planta, Franz Masarrah.)

tauen (dessen Hauptstadt übrigens Wilna ist) oder zu Polen gehören wolle. Die durch Vermittlung des französischen Gesandten in Bern (warum nicht durch das Sekretariat des Völkerbundes?) an ihn gestellte Anfrage beantwortete der Bundesrat abschlägig, weil ihm nicht als abgeklärt genug erschien, ob die Truppen wirklich mit Einwilligung Litauens einmarschieren würden, und weil zweitens die dringende Notwendigkeit, die Truppen gerade durch die Schweiz zu transportieren, nicht nachzuweisen war. Der Bundesrat lehnte, gestützt auf die Londoner Erklärung vom 13. Februar 1920, wonach die Schweiz den Durchzug von Truppen nicht zu erlauben braucht, ab. Die französische Regierung wie das Völkerbundsekretariat äußerten sich über diese Ablehnung in recht gereiztem Ton, und es erfolgte eine Vorladung schweizerischer Delegierter vor den Rat des Völkerbundes, wo die Angelegenheit besprochen werden sollte. Diese Aussprache ist nun erfolgt. Der schweizerische Gesandte in Paris, Minister Dunant, unterstützt von Prof. Dr. Max Huber, legte dem Räte den Standpunkt der Schweiz. Eidgenossenschaft dar. Léon



Das Lesezirkel Hottingen-Fest in Zürich: Amerika-Fahrt an Bord des Quadrifolium.  
(5. März 1921). Die Dekoration im großen Tonhalleaal. Phot. J. Meiner u. R. Breher.

Bourgeois entgegnete. Aus seiner nicht eben sehr konzilianten Rede ging hervor, daß man in Frankreich das freie Entschließungsrecht der Schweiz in der Frage der militärischen Neutralität nicht voll zu würdigen wußte, und die Drohungen in der Presse, den Sitz des Völkerbundes anderswohin zu verlegen, zeugten keineswegs von einer sehr großzügigen Auffassung der Angelegenheit, die durch die übereilte Havasmeldung über die Gereiztheit in Frankreich und die nicht sehr taktvollen Äußerungen des Völkerbundssekretariats in der Presse eine recht peinliche Form annahm. Es ist ja selbstverständlich, daß sich der Bundesrat nicht auf die kategorische Ablehnung jedes Durchzugs von Völkerbundstruppen zum Zwecke friedlicher Polizeifunktionen versteift, und er sagte das auch in seiner Antwort unzweideutig. Nun ist aber inzwischen die Angelegenheit gegenstandslos geworden, da — den Wünschen sowohl der polnischen wie der litauischen Vertreter entsprechend — die Abstimmung im Wilnaer Gebiet unterbleiben wird und die Sache auf dem Wege einer Konferenz in Brüssel geregelt werden soll. Der Bundesrat erläuterte nun, nachdem man auch im Völkerbunds-

rat eingesehen haben dürfte, daß die Schweiz nicht im Unrechte war, in nur zu nachgiebiger Form seinen Standpunkt nochmals, worauf Bourgeois in herablassend freundlichen Worten den Konflikt als begraben erklärte. „Bien clos“ nannte er den „Incident“. Uns will scheinen, daß die zweite Erklärung des Bundesrates in unverständlicher

Nachgiebigkeit dem Vertreter des Völkerbundesrates die Sache allzuleicht machte und den ganz falschen Eindruck erweckte, als hätte sich nicht der Völkerbund, sondern die Schweizerische Regierung im Irrtum befunden. Infolgedessen ist das Ergebnis der Verhandlungen nicht klar und eindeutig, und die Möglichkeit ähnlicher Konflikte ist durch diesen Präzedenzfall nicht aus der Welt geschafft. Vom schweizerischen Standpunkte aus kann also die Lösung des Konfliktes nicht als befriedigend betrachtet werden.

Innerpolitisch wichtig ist die Annahme der Bundesbeschlüsse über die Erhöhung der Zölle und die Einfuhrbeschränkungen zum Schutze der schweizerischen Industrie, die infolge der hohen Schweizervaluta durch die Einfuhr billiger Produkte ausländischer Industrien zum Teil eine sehr schwere Konkurrenz bekommen hatte und lahmgelegt worden war. Durch das Postulat der Dringlichkeit wurde dieses Traktandum der Volksabstimmung entzogen. Dieses Vorgehen hat vielenorts verschluckt, weil natürlich die große Zahl der Konsumenten durch die Maßnahmen in ihrer Hoffnung auf einen raschen Preisabbau getäuscht wird. Wenn nun, wie



versprochen, die Kohleneinfuhr bald freigegeben wird, so dürfte unserer Industrie, deren Existenzfähigkeit für große Bevölkerungskreise eine Lebensbedingung bedeutet, wieder zu Preisen arbeiten können, die ihr die Konkurrenz mit der ausländischen etwelchermaßen ermöglicht. Nach dem Beschlusse soll dem Bundesrat die Vollmacht erteilt werden, auf gewisse Artikel Einfuhrbeschränkungen und Zollerhöhungen auf beschränkte Zeit (1½ Jahre für erstere, 2½ Jahre für letztere) eintreten zu lassen. Dem Parlament soll ein Mitspracherecht und somit auch die Mitverantwortung erteilt werden.

In der Zonenfrage hat der Bundesrat in freundschaftlicher Form nach Paris

geschrieben, daß er noch immer an den Verträgen von 1815 festhalte und den Vorschlag Frankreichs, die Zollgrenze auf mindestens zehn Jahre an die politische Grenze zu verlegen, nicht als geeignete Grundlage für eine Verhandlung betrachten könne. Er sei bereit, einen Vorschlag zu machen, nach dem der Zollkordon den Grenzen der kleinen Zone entspräche. Sollten die Diskussionen zu keinem Ergebnis führen, wird die Anrufung eines Schiedsgerichtes angeregt. Frankreich sollte sich sagen, daß die einseitige Lösung eines bestehenden Vertrages nicht angeht, auch dann nicht, wenn der Kontrahent keine Großmacht ist.

H. M.-B.

**Totentafel** (vom 5. bis 27. Februar 1921).

In Schaffhausen starb am 5. Februar im Alter von 83 Jahren Carl August Baechtold, dem die Zürcher Universität am 1. März 1903 den Doctor honoris causa verlieh: „Wegen seiner durch unermüdelichen, gewissenhaften Fleiß und ausgezeichnete eindringliche Forschung erworbenen Verdienste um die Gewinnung der für historische Belehrung über die Entwicklung seines Heimatgebietes in Schaffhausen notwendigen Materialien“. — So steht in der Urkunde. Die wissenschaftlich vortreffliche Ausgabe der „Chronik der Stadt und Landschaft Schaffhausen“ des 1606 verstorbenen Johann Jakob Rüeger, seine Beteiligung an der Festschrift zur Erinnerung an den Eintritt Schaffhausens in die Eidgenossenschaft (1901), seine Verdienste um das Stadtarchiv von Schaffhausen, das er nach seinem Rücktritt vom Pfarramt bis ins hohe Alter betreut hat, verdienen vor allem Erwähnung.

In Bern starb am selben Tage alt Regierungsrat Albert von Wattenwyl im Alter von 90 Jahren.

Am 16. Februar starb zu Zürich hochbetagt die Witwe des frühern verdienten Direktors des russischen meteorologischen Zentralobservatoriums in Petersburg, Frau Prof. v. Wild. Ihr Gatte ist ihr schon 1902 vorangegangen. 1895 kam das Ehepaar nach Zürich. Mit Frau v. Wild ist das letzte Glied einer altzürcheri-

schon Gelehrtenfamilie aus dem Leben geschieden. Ein alter Freund des Wildschen Hauses war, als er noch Lehrer in Petersburg war, Carl Spitteler. In Zürich zählte Oberst Ulrich Meister, sowie Dr. Conrad Escher und der große Botaniker Prof. Carl Cramer zu dessen engern Freunden.

Ebenfalls am 16. Februar verschied nach langem, schwerstem Leiden ein bekannter Zürcherarzt: Dr. Arnold Otto Spöndly, ein Mann von vorbildlicher Pflichttreue und Aufopferungsfähigkeit. Nachdem Dr. Spöndly seinerzeit nach abgeschlossenem Studium in Jlanz und dann in Altstetten bei Zürich praktiziert hatte, nahm der 1865 geborne Arzt, der zu seiner Ausbildung unter anderem auch in England war, die Stelle als Leiter der Poliklinik in Zürich-Außersihl an, die er während 16 Jahren bis zu seinem Tode bekleidete. Vor vier Jahren befiel ihn ein Darmleiden, so daß er sich einer Operation durch Professor Sauerbruch unterziehen mußte, die aber leider



Das Lesezirkel Hottingen-Fest in Zürich: Indianergruppe.  
Phot. S. Melner und H. Breyer, Zürich.



infolge des zu weit vorgeschrittenen Leidens nicht den gewünschten Erfolg zeitigte.

In Luzern starb am 18. Februar Glasmaler Eduard Renggli. 1863 in Wohlhusen geboren, kam er später in die Stadt und bildete sich unter dem Zeichner Johannes Renggli und Glasmaler Ludwig Pfyffer aus. Zuerst war er an der Kunstgewerbeschule tätig, dann gründete er mit Kunstmaler Johannes Danner zusammen ein eigenes Geschäft.

Am 21. Februar schied in Bern Bundesrichter Dr. E. Schurter von Zürich aus dem Leben. Der Verstorbene stammte aus Bachenbülach (Zürich). Nach Absolvierung des zürcherischen Gymnasiums studierte er an den Universitäten Heidelberg, Berlin, Rom und Zürich Jurisprudenz. Mit großem Erfolg doktorierte er 1890 an der Universität Zürich. Nach kurzer praktischer Tätigkeit trat er in den Dienst der Schweizerischen Kreditanstalt ein, deren Direktion er als juristischer Vertrauensmann zugeteilt wurde. 1893 eröffnete er in Zürich ein eigenes Anwaltsbureau. 1899 erfolgte seine Wahl ins Obergericht des Kantons Zürich, und am 14. Dezember 1904 wählte ihn die Vereinigte Bundesversammlung zum Mitglied des Bundesgerichtes. Er gehörte ununterbrochen der staatsrechtlichen Abteilung an.

An einer schweren Krankheit starb in Lausanne am 22. Februar alt Bundesrichter Dr. A. Reichel, nachdem er letzten Herbst krankheitshalber seine Demission als Mitglied des höchsten Gerichtshofes eingereicht hatte. Dr. Reichel stammte aus Oberburg (Bern) und war 1852 geboren. Nach Abschluß seiner juristischen Studien im Jahre 1877 war er bis 1891 als Anwalt tätig. In diesem Jahre erfolgte seine Berufung an die Universität Bern auf den Lehrstuhl für Schuldbetreibung und Konkursrecht. 1905 wählte ihn die Bundesversammlung als Nachfolger Rotts zum Mitglied des Bundesgerichtes. Er war der erste sozialdemokratische Bundesrichter.

In Kolliken (Aargau) starb am 22. Februar im hohen Alter von 81 Jahren alt Fabrikant Jakob Matter-Hüssli, der früher einige Dezennien Leiter der jetzigen Firma Gebrüder Matter war, die er zu hoher Blüte brachte. Er erwarb sich ein besonderes Verdienst durch die Förderung des Schulwesens seiner Heimatgemeinde und die opferfreudige Unterstützung gemeinnütziger Bestrebungen.

Am 24. Februar verschied in Zürich Fräulein Clementine Ulrich, eine typische Vertreterin des alten Zürich im guten Sinne des Wortes. Sie war 1850 geboren als jüngste der drei weit über das Weichbild unserer Stadt bekannten und geschätzten Töchter des trefflichen Zürcher Kunstmalers H. J. Ulrich. Ihr mit ausgesuchtem Geschmack eingerichtetes Heim an der Goethestraße war der Treffpunkt eines ausgedehnten Freundeskreises. Neben vielen anderen fand eine Schar junger aufstrebender Künstler bei ihr Gehör, Zuflucht und Anregung.

In Lugano starb Dr. Vittorio Bella, einer der bekanntesten Chirurgen des Kantons Tessin am 24. Februar infolge eines Schlaganfalles.

Kantonsrat Jakob Schärer, Gemeindepräsident von Erlenbach, ist Samstag den 26. Februar einem Nierenleiden erlegen, das schon seit einiger Zeit an seinen Kräften zehrte. Als Leiter einer Textilmaschinenfabrik war ihm ein großes Maß von Arbeit zugemessen; es hinderte ihn aber nicht, auch der Gemeinde seine Dienste zur Verfügung zu stellen, erst als Gemeinderat, dann als Präsident. Die dritte Amtsperiode saß Jakob Schärer auch schon im Kantonsrat, dessen Bureau er angehörte.

Im Spital in Brig ist am 27. Februar der Direktor der Berner Kantonalbank, Mauderli, gestorben. Er stand seit dem 1. Juni 1893 an der Spitze des Institutes, das er zu der heutigen Bedeutung emporhob. Er führte während einer Reihe von Jahren den Vorsitz im Kartell schweizerischer Banken, saß im Bankrat der Schweiz. Nationalbank und gehörte dem Ausschuss der Schweizerischen Bankiervereinigung an. Er war ein Mann von vorbildlicher Pflichttreue. X

\* \* \*

Am 27. Februar starb in Stockholm im Alter von 82 Jahren der letzte direkte Sprosse des altschweizerischen Edelgeschlechtes deren von Hallwyl, der Graf Walter von Hallwyl, deren Stammburg als nahezu tausendjähriges Wahrzeichen noch immer im aargauischen Seetal aufragt (s. Abbildung Seite 174/75). Während aber das berühmte Geschlecht im Erlöschen begriffen ist, feiert das Stammschloß gerade dank der Pietät des letzten Trägers des Namens seine Wiedererstehung. Der jetzt in Schweden verstorbene Besitzer hat die gegen Ende des vorigen Jahrhunderts stark in Verfall geratene Burg in nahezu zwanzigjähriger Arbeit unter enormen Kosten und unter Beiziehung wissenschaftlicher und baukundiger Kapazitäten in ihrem ursprünglichen Zustande wieder herstellen lassen, so daß diese nun ein historisch getreues Denkmal aus der Vergangenheit unseres Landes darstellt. Dieses großartige, aus rein idealen Erwägungen gebrachte Opfer hat nun durch eine lechtwillige Verfügung des Besitzers seine Krönung erfahren, indem er testamentarisch bestimmte, daß die Burg samt den wertvollen Familiensammlungen, Archiven, Kunstschätzen und geschichtlichen Erinnerungsgegenständen, sowie mit den zum Unterhalt des Ganzen notwendigen Kapitalien, als Nationaleigentum in den Besitz der Eidgenossenschaft, des Kantons Aargau und des Landesmuseums übergehen sollen. Das Legat stellt ein wahrhaft fürstliches Geschenk dar und ist doppelt erfreulich in einer fast ausschließlich von materiellen Interessen beherrschten Zeit.

A. Krenn, Zürich.



Alt-Winterthur.

J. Ziegler, Winterthur (1801—1876).  
Der Kreuzgang im Kloster Töß.  
Ölgemälde.